




Finanztransaktionssteuer: Erfolgreiche Kampagne feiert dritten Geburtstag

Finanztransaktionssteuer: Erfolgreiche Kampagne feiert dritten Geburtstag
Seinen dritten Geburtstag hat das Kampagnenbündnis Steuer gegen Armut am Wochenende mit einer Bilanz- und Strategietagung in der Akademie Caritas Pirckheimer Haus in Nürnberg gefeiert. Die Kampagne startet vor drei Jahren am 17. Oktober 2009 - dem Internationalen Tag zur Beseitigung von Armut - mit 32 unterzeichnenden Organisationen. Das Ziel war eine umfassende Besteuerung von Finanztransaktionen mit einem einheitlichen Steuersatz von 0,05 Prozent. Die Einnahmen sollten für internationale und nationale Armutsbekämpfung sowie den Schutz für Klima und Umwelt ausgegeben werden. Anfangs belächelt, hat sich die Kampagne zu einer der erfolgreichsten zivilgesellschaftlichen Bewegungen der letzten Jahre entwickelt. Die Zahl der Mitglieder stieg auf 95 Organisationen; darunter sind Banken, Parteien, kirchliche, entwicklungspolitische und gewerkschaftliche und globalisierungskritische Gruppen. Die Idee wurde in 35 bis 40 Ländern aufgegriffen und weltweit unter dem Namen Robin Hood Tax bekannt. Elf Länder in der Europäischen Union haben nun den Prozess zur Einführung im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit eingeleitet. Bei der Tagung unterstrichen sowohl Regierungsdirektorin Gerda Hofmann vom Bundesministerium der Finanzen als auch Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen und Max Lawson von der britischen Robin Hood Tax Campaign UK die positive, initiierte Rolle der "Steuer gegen Armut"-Kampagne für die konkrete Umsetzung einer Finanztransaktionssteuer. Die in Nürnberg versammelten Vertreterinnen und Vertreter der Kampagnenorganisationen beschlossen indes, sich nicht auf dem Erreichten auszuruhen. Sie vereinbarten unter anderem:
1. Eine kritische Begleitung des Umsetzungsprozesses der Finanztransaktionssteuer im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit in der EU. Hauptaugenmerk wird sein, eine umfassende Steuer zu erreichen und alle Verwässerungsversuche, insbesondere Ausnahmeregelungen zu verhindern.
2. Gleichzeitig will die Kampagne dafür sorgen, dass das Steueraufkommen nicht einfach in den Haushaltstöpfen der Staaten verschwindet, sondern im Sinne der Kampagne verwendet wird.
Weitere Informationen: <http://www.steuer-gegen-armut.org>
Für Rückfragen: P. Dr. Jörg Alt SJM, Steuerungsgruppe Kampagne "Steuer gegen Armut" / Jesuitenmission, joergaltsj@gmail.com, Tel. 0911 - 2346-189 Jörn Kalinski, Moderator der Kampagne "Steuer gegen Armut" / Oxfam, jkalinski@oxfam.de, Tel. 0171-8360 631 Detlev von Larcher, Steuerungsgruppe Kampagne "Steuer gegen Armut" / Attac, detlev.larcher@attac.de, Tel. 0160 - 9370 8007 src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=511067" width="1" height="1"/>

Pressekontakt

Attac Deutschland

60329 Frankfurt/M

Firmenkontakt

Attac Deutschland

60329 Frankfurt/M

Attac - die französische Abkürzung für Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen - wurde 1998 in Frankreich gegründet. Lag der ursprüngliche Fokus von Attac in dem Eintreten für eine demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte und der Einführung der Tobin-Steuer, so haben wir uns mittlerweile der gesamten Problematik neoliberaler Globalisierung angenommen. Mit 90.000 Mitgliedern in 50 Ländern versteht sich Attac als Teil dieser globalen Bewegung. Auch in Deutschland bildet Attac ein breites gesellschaftliches Bündnis, das von ver.di und der GEW über den BUND und Pax Christi bis zu kapitalismuskritischen Gruppen unterstützt wird. Immer mehr Menschen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Herkunft werden in den mittlerweile über 160 Attac-Gruppen vor Ort aktiv. Attac versteht sich als Bildungsbewegung mit Aktionscharakter und Expertise. Über Vorträge, Publikationen, Podiumsdiskussionen und eine intensive Pressearbeit werden die komplexen Zusammenhänge der Globalisierungsthematik einer breiten Öffentlichkeit vermittelt und Alternativen zum neoliberalen Dogma aufgezeigt. Mit Aktionen soll der notwendige Druck auf Politik und Wirtschaft zur Umsetzung der Alternativen erzeugt werden.